

**19.10.1944** – vor 70 Jahren eroberten jugoslawische und sowjetische Truppen Belgrad

**20.10.1934** – vor 80 Jahren verkündete die „Dahlemer Bekenntnissynode“ das kirchliche Notrecht gegen die nazitreuen Teile der evangelischen Kirche

**23.10.1969** – vor 45 Jahren begann der Rückzug der USA-Truppen aus Vietnam

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

18. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

14. Oktober 2014

## TTIP – Das Demokratieverhütungsabkommen.

Gegenwärtig führen die Europäische Union und die USA Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Es wird, so es in Kraft tritt, schlimme Auswirkungen auf unsere Demokratie – vom Bund bis zu den Kommunen – haben.

Das Abkommen ist aber nicht nur deshalb ein Skandal, weil es geheim verhandelt wird – selbst Abgeordnete des Europäischen Parlaments oder der nationalen Parlamente haben keinen oder nur einen extrem beschränkten Zugang zu den Verhandlungsunterlagen. Aber das, was bekannt geworden ist, zeigt, dass sich TTIP als große Gefahr für die Demokratie erweist. Damit globale Konzerne auch dann ihren Profit machen können, wenn durch Wahlen andere Mehrheiten und damit vielleicht auch andere Gesetze zu Stande kommen, schafft das TTIP sogenannte Investitionsschutzabkommen. Das ist natürlich ein Schönsprech. In Wirklichkeit ist das ein Demokratieverhütungsabkommen. Freihandelsabkommen schützen die Großkonzerne vor demokratischen Entscheidungen, indem sie gegen die Entscheidungen vor geheimen Gerichten auf Schadensersatz klagen können.

Ich will das an zwei Beispielen erläutern: In Australien will der Tabakkonzern Philip Morris den Staat auf Zahlung von mehreren Milliarden Dollar verklagen. Einfach, weil die australische Regierung angeordnet hatte, dass Zigaretten nur noch in neutralen Packungen ohne Markenlogo verkauft werden dürfen. Ein zweites Beispiel: Auf Grundlage eines solchen Abkommens wird die Bundesrepublik Deutschland gerade vom schwedischen Atomkonzern Vattenfall auf 3,7 Milliarden Euro verklagt, weil der Bundestag den



längst überfälligen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat.

Auch beim TTIP geht es darum, US-amerikanische Firmen vor demokratischen Entscheidungen zu schützen. Mit diesem Abkommen soll erlaubt werden, wogegen wir uns bisher gewehrt haben: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch oder Fracking, also die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien. Auch gegen die europäischen Arbeitsschutzrechte könnten US-Konzerne als „Handelshemmnisse“ klagen.

Dieses Freihandelsabkommen beraubt die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb sagt die LINKE und mit ihr soziale Bewegungen und viele GewerkschafterInnen, klar Nein zu diesem Abkommen. Es passt übrigens ins Bild dieses Demokratieverhütungsabkommens, dass die EU-Kommission aus fadenscheinigen formalen Gründen eine Europäische Bürgerinitiative nicht zugelassen hat, mit der Verbände,

weiter auf Seite -2-

Gewerkschaften und Initiativen eine offizielle Petition an die EU-Kommission richten wollten. Selbstverständlich wird sich das europaweite Bündnis „Stop TTIP“ davon nicht beeindruckt lassen und eine unabhängige Unterschriftensammlung in ganz Europa starten.

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der EU, das als Blaupause für TTIP gilt und dessen Verhandlung Ende September offiziell von EU-Kommissionpräsident José Manuel Barroso und dem kanadischen Regierungschef Stephen Harper feierlich für beendet erklärt wurde, enthält die demokratieverhütenden Investitionsschutzvorschriften. Barroso betonte, dass ihm die Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten, also auch Deutschlands, in der ausverhandelten Version vorläge. „Alle offiziellen Mitteilungen, die wir aus Deutschland erhalten haben, waren absolut dafür“, so der scheidende EU-Kommissionschef.

Zu Barrosos Verweis auf die Unterstützung aller EU-Mitgliedsstaaten zum Investitionsabkommen im europäischen-kanadischen Freihandelsabkommen passt das erfolgreiche Agieren des SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel Mitte September, seine Partei noch rechtzeitig auf einen Pro-TTIP-Kurs zu einzuschwören. Dabei gelang es Gabriel auch Teile der Gewerkschaften zum willigen Erfüllungsgehilfen seiner parteipolitischen Spielchen zu machen. Er lies seinen Parteifreund und DGB-Chef Reiner Hoffmann ein gemeinsames Papier unterzeichnen, um die Legitimation für weitere Verhandlung in die SPD hinein herzustellen. Zwar lies Gabriel den SPD-Parteikonvent auf Grundlage dieses gemeinsamen Papiers auch beschließen, dass Investitionsschutzvorschriften in einem Abkommen zwischen den USA und der EU grundsätzlich nicht erforderlich seien und nicht mit TTIP eingeführt werden sollten. Aber der Konvent beschloss auch die Rückzugslinie, auf der die SPD dann letztlich wohl doch einem TTIP mit Investitionsschutzvorschriften zustimmen wird: „In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie ‚Faire und Gerechte Behandlung‘ oder ‚Indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“ D.h. im Umkehrschluss: Investor-Staat-Schiedsverfahren können unter Umständen eben doch mitgetragen werden.

Dass die SPD ihren Beschluss selbst nicht ganz ernst meint, darauf deutet auch das Abstimmungsverhalten

ihrer Bundestagsfraktion hin. Als die Fraktion der LINKEN den SPD-Beschluss wortgleich im Bundestag beantragte, damit er auch Richtlinie für das Verhandlungsmandat der Bundesregierung und nicht nur der SPD-Führung werde, lehnte die SPD-Fraktion ihren eigenen Konventbeschluss bei nur zwei Gegenstimmen ab.

Auch Gabriels Forderung, CETA nachzuverhandeln, sollten wir mehr als skeptisch betrachten. Warten wir ab, ob seinen Worten Taten folgen und ob die SPD in der Bundesregierung tatsächlich eine Ablehnung von CETA und später TTIP durchsetzt, selbst wenn Kanada und die USA sich weigern, die Investitionsschutzklauseln aus dem Vertrag zu streichen. So duckmäuserisch, wie sich die Bundesregierung bei der NSA-Überwachung gegenüber den USA verhält, ist meine Hoffnung nur sehr klein, dass sie hier klare Kante für die Demokratie zeigt. Bis dahin gilt es, weiterhin aktiv über das Demokratieverhütungsabkommen aufzuklären und mit Millionen Unterschriften und Aktionen in ganz Europa Druck zu machen, um TTIP zu stoppen.

Katja Kipping

Weitere Informationen: <http://stop-ttip.org/de/>

### **Öffentliche Versammlung des Ortsverbandes Halle Süd „Clara Zetkin“ zum Thema:**

#### **Aktuelles aus dem Bundestag**

**mit Dr. Petra Sitte**, Bundestagsabgeordnete und Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion **DIE LINKE**

**am Mittwoch, 22. Oktober, um 17:00 Uhr, im Hort „Kinderpark“, Wiener Straße 18**

Erreichbar ist der Veranstaltungsort mit der Straßenbahnlinie 1, Haltestelle Wiener Straße oder der Buslinie 26, Haltestelle Ufaer Straße direkt am Hort „Kinderpark“.

Wenn Du eine Kinderbetreuung wünschst (Bitte Alter des Kindes angeben.), melde Dich bitte bis spätestens 17. Oktober bei Ute Haupt unter 2213056 oder [ute.haupt@halle.de](mailto:ute.haupt@halle.de)

**Vorankündigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt**

**November**

**12.11. Mittwoch 18:00 Uhr Buchvorstellung**

Halle

„Mein lieber Herr Gesangsverein“ – vorgestellt vom Autor Rudolf Scholz

Im „Linken Laden“, Leitergasse 4, 06108 Halle

Gemeinsame Veranstaltung mit dem WKB Swen Knöchel

**19.11. Mittwoch 14 – 16 Uhr Workshop**

Halle

Inklusives Studieren – Politik, Recht und praktische Erfahrungen

Mit Prof. Dr. Katja Nebe (Universität Halle)

Im Melanchtonianum, Hörsaal Z, Universitätsplatz 9, 06108 Halle

Im Rahmen der Ringvorlesung

„Eine Hochschule für alle? Ist ein heterogenitätssensibler Umgang möglich?“

Zusammen mit dem Behindertenbeauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Familienbüro sowie dem AK Inklusion der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Komplettes Programm unter <http://inklusion.stura.uni-halle.de>

**26.11. Mittwoch Vortrag und Diskussion**

Halle

Grimmige Märchen und Gespenster. Gegenmittel gegen Autoritarismus und Rechtspopulismus.

Aus den Erfahrungen der Krisenbewegungen in Spanien und Griechenland

mit Dr. Mario Candeias

im „Linken Laden“, Leitergasse 4, 06108 Halle

Auf die Krise folgt ein autoritäres Krisenmanagement. Schon zuvor zersetzt der Neoliberalismus schrittweise die Grundlagen der sozialen Demokratie. Die Folge sind eine wachsende Wahlabstinentz und die Stärkung rechter Kräfte bei uns in ganz Europa. Die Gespenster sind zurück. Das grimmige Märchen, wir hätten alles richtig gemacht, sichert bei uns den Stillstand. In Spanien und Griechenland hingegen gelang es diesen Entwicklungen von links wirksam etwas entgegen zu stellen. Dort kommt es zu einer dynamischen Reorganisierung der Linken. Was können wir daraus lernen?

**AG Öffentliche Sicherheit**

**14. Oktober 2014**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Ort: Ernst-Haeckel-Weg 5,

Halle-Neustadt

Vorbereitung Ausschuss für

Ordnung und Umweltangelegenheiten

Interessierte sind herzlich eingeladen.

**"Deutsche Beiträge zur Raketen-  
entwicklung und Raumfahrt"**

es spricht Fliegerkosmonaut Sigmund Jähn,

14. Oktober 2014, 16:30 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

eine Veranstaltung des

Rotfuchs Förderverein e.V.

Regionalgruppe Halle





**Katja Kipping, MdB**  
**Bernd Riexinger**  
Parteivorsitzende

Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-530  
Telefax: 030/24009-631

E-Mail: buero.parteyvorsitz@die-linke.de  
www.die-linke.de

Partei Vorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

An die  
Mitglieder der Partei DIE LINKE

Berlin, 30. September 2014

### **Einladung an die Partei: Ideen, Fragen, Konzepte für den Zukunftskongress (call for ideas)**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im April 2015 veranstalten wir in Berlin einen Zukunftskongress. Es geht darum, die gesellschaftlichen Bedingungen und die Wünsche für eine sozial gerechte und ökologische Zukunft zu diskutieren. Wir wollen in die gesellschaftliche Diskussion um eine Zukunft jenseits des neoliberalen Finanzkapitalismus eingreifen und linke Alternativen stärken. Im Mittelpunkt stehen Fragen: Wie wollen wir die Gesellschaft verändern, an welchen Widersprüchen setzen wir an, mit wem wollen wir das gemeinsam tun? Es geht also auch um die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit der Linken und der LINKEN selbst. Der Kongress lebt daher von euren Ideen, Diskussionen, Erfahrungen mit der politischen Praxis!

Die Politik der Bundesregierung lässt viele Probleme unserer Gesellschaft liegen. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, aber die reichen nicht bis an den Kern der Probleme heran: Eine Steuerpolitik, die Reichtum nicht angreift und die Armut der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und der öffentlichen Infrastruktur nicht beheben kann. Die Ungleichheit in unserer reichen Gesellschaft hat so zugenommen, dass selbst die Weltbank besorgt ist. Mindestens ein Viertel der Bevölkerung ist und fühlt sich abgehängt - in der Regierung scheint das niemand für einen Skandal zu halten. Die Energiewende abgebogen, Freihandelsabkommen, die die Demokratie bedrohen. Kein Konzept für eine Alternative zur Waffenproduktion, zu einer Exportindustrie, die die Nachbarn zum Bettler macht und auf Verkehrsmodelle setzt, die die Welt verpesten. Eine hochtechnologische Entwicklung, die die Menschen nicht freier macht, sondern stärker überwacht.

Die Zukunft scheint verstellt. Das Schweigen darüber ist organisiert.

Wenn wir dies kritisieren, geht es uns nicht um eine Rückkehr in vermeintlich bessere vergangene Zeiten. Vielmehr meinen wir: Demokratisch-Sozialistische Politik sollte ihre Poesie aus der Zukunft ziehen. Deshalb wollen wir den Horizont wieder öffnen und die drängenden Fragen in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen: Was wollen wir wie produzieren, ohne die Welt zu zerstören? Wie sollen Zeit, Reichtum sowie die verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten (auch unter den Geschlechtern) verteilt sein; wie können Energie, Verkehr und unserer Kommunen so gestaltet werden, dass sie auch für die kommenden Generationen wünschbar sind. An vielen Orten und in vielen Auseinandersetzungen engagieren sich Menschen für Alternativen, aber bisher gelingt es nicht, daraus die Kräfteverhältnisse wirksam zu verschieben.

Seit der Agenda 2010 gelingt es kaum, die Erwerbslosen und Beschäftigten im Niedriglohn auf der einen Seite und in den so genannten „Kernbelegschaften“ auf der anderen gemeinsam anzusprechen. Ihre Interessen scheinen gegeneinander zu stehen: Beruht nicht der Erfolg im Export auf dem Niedriglohn? Auf dieser Spaltung beruht die Macht der Regierung wie die Machtlosigkeit der Gegenbewegungen. Wie kommen wir in eine neue Dynamik?



Auch unsere eigene Politik wollen wir befragen: Sind unsere Alternativen auf der Höhe der Zeit, nehmen sie die Kräfteverhältnisse richtig wahr? Was ist zu tun, damit technischer Fortschritt wirklich emanzipatorisches Potential freisetzt? Und: Wie können wir unsere Alternativen durchsetzen? Mit wem können wir uns verbinden? Was sind Einstiege auf dem Weg zu einem ökologischen, demokratischen, lustvollen Sozialismus? Mit welchen Projekten kommen wir hier voran?

Wenn über die großen Fragen der Zukunft diskutiert wird, dann oft auf zwei Arten: Entweder werden die (schlechten) Verhältnisse analysiert. Am Ende wird kurz über die Aufgaben gesprochen, die sich daraus für die Zukunft ergeben (meist mit dem Hinweis, dass im Schoß der heutigen Verhältnisse das Morgen schlummert). Oder es werden wünschenswerte Zukünfte entworfen und auf bunten Flipcharts festgehalten. Doch die notwendigen Verbindungen zu den Kräfteverhältnissen und die Frage des Übergangs fehlen oft: Unser Kongress soll nicht in diese Fallen gehen. Die Zukunft beginnt heute. Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen diskutiert werden. Und linke Diskussion um Zukunft braucht einen utopischen Überschuss. Gleichzeitig müssen konkrete Projekte entwickelt werden, mit denen wir Politik machen können. Dann können die großen universellen Fragen in der Praxis wirksam werden.

Bislang haben wir fünf thematische Achsen geplant:

1. Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit. Zeit fürs ganze Leben statt prekär und erschöpft
2. Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich, oben nach unten, von den Gewinnen zu den Löhnen
3. Zukunft der Daseinsvorsorge / Zukunft des Öffentlichen / der Commons
4. Produktion der Zukunft: Unser Plan B /Wachstum vs. Lebensqualität. Wirtschaftsdemokratie & Konversion statt Finanzkapitalismus & Austerität
5. Aneignung der Demokratie u.a. Bildung im Zeichen von Mündigkeit

Wir möchten euch einladen, in den Kreis- und Landesverbänden, in den Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften - oder zuhause am Küchentisch - zu überlegen, wo eure Fragen liegen, wo ihr Bedarf für Klärungen und Weiterentwicklungen seht. Dabei geht es nicht darum, eine neue Programm-Debatte zu eröffnen. Wir wissen um die (pluralen) Positionen der Partei.

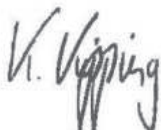
Der Kongress soll einen Beitrag zur politischen Kultur in der Partei leisten. Er ist eine Einladung zum mitdenken und mitarbeiten. Das wird sich auch darin zeigen, wie wir die Diskussionen organisieren. Wir werden Podiumsdiskussionen veranstalten, auf denen Analysen und Konzepte vorgestellt werden, die unsere Diskussion bereichern sollen. Dann aber wollen wir „Labore“ eröffnen, auf denen die Fragen von Strategie und Hegemonie im Mittelpunkt stehen sollen: Konzepte, Projekte und Politikererfahrungen werden eingebracht. In Foren sollen alle die Möglichkeiten haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich mit anderen zu vernetzen.

Bitte schickt uns eure Diskussionsvorschläge, Themen oder Thesen oder konkrete Ideen für Referent\*innen oder Programmpunkte für einen Zukunftskongress an die Mailadresse **kongress@die-linke.de**.

In Bälde werden wir auch einen entsprechenden Blog einrichten.

Wir freuen uns auf eure Beiträge!

Mit solidarischen Grüßen



Katja Kipping



Bernd Riexinger

### Linker Stammtisch

Am 23. Oktober 2014 wird es im Linken Laden in der Leitergasse 4 wieder einen LINKEN Stammtisch geben. Diskutiert wird Aktuelles, Unterhaltsames und Aufreger.

## Die DDR ein Unrechtsstaat ?

Wie bringe ich mich dazu, es als Unrecht zu empfinden, dass

- ich keine Arbeitslosigkeit befürchten musste;
- in Ruhe 10 Jahre zur Schule gehen konnte;
- eine Lehre als Fachverkäuferin machen konnte, mich in den nächsten 15 Jahren ohne materielle Sorgen mich vom Hygieneaufseher zum Hygieneingenieur qualifizieren konnte;
- bezahlbare Wohnungen hatte;
- jedes Jahr einen FDGB-Ferienplatz in Anspruch nehmen konnte, sogar an der Ostsee;

Als 1989 die Demonstrationen begannen, habe ich erst einmal Nichts verstanden.

Nachdem ich von den Wahlfälschungen erfuhr, dachte ich:

Haben wir es nötig zu lügen und zu betrügen? Und bei den Rufen „wir sind ein Volk“, warum wollen sie Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit?

Die Wende hat nur ein Gutes gebracht. In unserer Partei die Spreu vom Weizen zu trennen, d. h. die Genossen, die von unserer Sache überzeugt sind, sind keine Wendehälse. Auch wenn eine Katja Kipping die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet, ist das kein Grund, an unserem Programm und der Partei DIE LINKE zu zweifeln.

Ingrid Giesel

### 15. Oktober 2014 17 Uhr, Gesprächskreis

**Gesellschaftskonzeptionen:** Diskussion über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die Stellung der Partei DIE LINKE.

Die Diskussionsrunde trifft sich künftig im "Linken Laden", Leitergasse 4.

Ab kommenden Montag gibt es regelmäßig die Möglichkeit, **Bernd Riexinger** oder mich in einer monatlichen **Telefonsprechstunde** persönlich zu aktuellen politischen Themen, Wünschen und Kümmernissen zu befragen.

Genossinnen und Genossen, aber natürlich auch alle interessierten BürgerInnen, können am

**Montag, dem 13. Oktober 2014  
von 14 bis 15 Uhr**

mit mir ins Gespräch kommen. Interessierte meldensich bitte unter Angabe ihres Themenwunsches und einer Kontakt-Nummer unter der Telefonnummer **030 24009-530** an. Es werden dann Gesprächszeiten von ca. zehn Minuten verteilt. Bei größerem Andrang entscheidet der Eingang der Anfrage.

Die nächste Telefonsprechstunde wird Bernd Riexinger am Montag, dem 10. November 2014 von 14 bis 15 Uhr übernehmen.

Katja Kipping

## 19. HALLESCHER FRAUENKULTURTAGE

24. OKTOBER - 9. NOVEMBER 2014



„UNTER (AN)SPANNUNG

BERUF - PRIVAT“

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - täglich  
Auflage: 400 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
09.10.2014  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 23.10.2014



## Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE standen im Mai die Satzungsfragen. Das Linke Blatt veröffentlicht die jetzt geltende Satzung.

Teil 7

### 6. Die allgemeinen Verfahrensregeln der Partei § 28 Öffentlichkeit

- (1) Die Organe der Partei beraten grundsätzlich parteiöffentlich.
- (2) Gäste können im Rahmen der Geschäftsordnung und der Tagesordnung Rederecht erhalten.
- (3) Die Öffentlichkeit kann in begründeten Fällen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.
- (4) Die Öffentlichkeit muss ausgeschlossen werden, wenn Rechte Dritter, insbesondere Persönlichkeitsrechte, dies erfordern. Die an die Bundesorgane der Partei gestellten Anträge sowie die Tagungsprotokolle und gültigen Beschlüsse dieser sind in geeigneter Weise parteiöffentlich zu machen.

### § 29 Anträge

- (1) Anträge können von den Mitgliedern, den Vorständen und anderen Gremien aus Gebietsverbänden, von Zusammenschlüssen und vom anerkannten Jugendverband der Partei gestellt werden.
- (2) Anträge sind beim zuständigen Vorstand der Partei einzureichen. Dieser hat sie unverzüglich dem nach dieser Satzung zuständigen Organ zuzuleiten. Über die Weiterleitung ist die Antragstellerin bzw. der Antragsteller innerhalb von drei Wochen nach Eingang des Antrages zu informieren.
- (3) Der Beschluss zum Antrag ist der Antragstellerin bzw. dem Antragssteller unverzüglich zur Kenntnis zu geben.
- (4) Das Nähere zum Antragsverfahren regeln die Geschäftsordnungen der Organe.

### § 30 Einladung und Beschlussfähigkeit

- (1) Die Einladung zu den Tagungen der Parteiorgane sowie der Versand der Beratungsunterlagen erfolgt durch einfachen Brief an die zuletzt angegebene Anschrift des zu Ladenden. Sie kann durch Fax oder durch E-Mail erfolgen, sofern die zu Ladenden eine Fax-Nummer oder eine E-Mail-Adresse hinterlegt haben. Die Geschäftsordnungen der Organe können eine ergänzende Regelung vorsehen.
- (2) Gewählte Parteiorgane sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Geschäftsordnungen der Organe können eine andere Regelung vorsehen.
- (3) Mitgliederversammlungen sind unabhängig von

der Zahl der Anwesenden beschlussfähig, wenn alle teilnahmeberechtigten Parteimitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind.

- (4) Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt.
- (5) Ist die Beschlussunfähigkeit zu einem Tagesordnungspunkt festgestellt worden, so ist das Parteiorgan auf seiner nächsten Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

### § 31 Beschlüsse, Abstimmungen und Wahlen

- (1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern diese Bundessatzung, die Wahlordnung, eine Landessatzung oder eine Kreissatzung nicht ausdrücklich eine andere Mehrheit vorsehen.
- (2) Eine einfache Mehrheit ist bei Sachabstimmungen und Wahlen gegeben, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die Zahl der gültigen Nein-Stimmen überschreitet.
- (3) Eine absolute Mehrheit ist bei Sachabstimmungen und Wahlen gegeben, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen überschreitet.
- (4) Eine satzungsändernde Mehrheit ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Ja-Stimmen sind und wenn mehr als die Hälfte der Abstimmungsberechtigten mit Ja stimmt. Zu den abgegebenen gültigen Stimmen zählen auch Enthaltungen. Abstimmungsberechtigte sind auf Delegiertenversammlungen alle gewählten Delegierten mit beschließender Stimme unabhängig von ihrer Anwesenheit, in Mitgliederversammlungen alle anwesenden Mitglieder.
- (5) Wahlen können nur stattfinden, wenn sie in der Einladung zu einer Versammlung angekündigt sind. Sie sind in der Einladung anzukündigen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen vorliegt.
- (6) Wahlen zu Parteiorganen sind geheim. Bei allen anderen Wahlen kann offen abgestimmt werden, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird. Das Nähere wird durch die Wahlord-

nung der Partei geregelt.

(7) Abstimmungen über Sachfragen sind grundsätzlich offen. Namentliche Abstimmungen können im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung geregelt werden.

(8) Abstimmungen über Personalfragen, die in ihrer Bedeutung einer Wahl gleichkommen, sind geheim.

### § 32 Ausübung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten

(1) Parteiämter und Delegiertenmandate werden in der Regel ehrenamtlich ausgeübt.

(2) Die hauptamtliche Ausübung eines Parteiamtes und die Höhe der Vergütung bedürfen eines Beschlusses des Parteivorstandes bzw. des zuständigen Landesvorstandes. Der Beschluss bedarf der Bestätigung durch den Bundesausschuss bzw. durch den zuständigen Landesausschuss/Landesrat.

(3) Kein Parteiamt soll länger als acht Jahre durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden.

(4) Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes dürfen mehrheitlich keine Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Europa-, der Bundes- bzw. der Landesebene sein.

(5) Notwendige Aufwendungen, die durch Ausübung eines Ehrenamtes erwachsen, sind im Rahmen der

Bundesfinanzordnung, des Finanzplanes und der sonstigen Beschlüsse der Partei zu erstatten.

### § 33 Beendigung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten

(1) Ein Parteiamt oder Delegiertenmandat endet auf Grund von Abwahl, Neuwahl, Rücktritt oder mit dem Ende der Mitgliedschaft in der Partei.

(2) Eine Abwahl kommt zustande, wenn das wählende Organ in geheimer Abstimmung

a. eine von der gewählten Person gestellte Vertrauensfrage mit einfacher Mehrheit negativ beantwortet oder

b. auf Antrag mit absoluter Mehrheit die Abwahl beschließt.

Abwahanträge müssen in der vorläufigen Tagesordnung angekündigt sein.

(3) Rücktritte von Parteiämtern und Delegiertenmandaten sind gegenüber dem zuständigen Vorstand schriftlich zu erklären oder zu Protokoll zu geben.

(4) Der zuständige Vorstand stellt in den Fällen der Absätze 1 bis 3 auf der Grundlage des Wahlprotokolls die Nachfolge bzw. die Notwendigkeit einer Neu- bzw. Nachwahl fest und leitet die entsprechenden Schritte ein.

## Alles wird Gut

Steffen Casper

In Göttingen ging am 26.09. der 50. Deutsche Historikertag zu Ende. Er stand diesmal unter einem Motto, das aktueller nicht sein könnte, nämlich Gewinner und Verlierer. Nicht alle der 3600 versammelten Historiker schienen mit diesem Motto glücklich zu sein. Zu undifferenziert, zu plakativ erschien es ihnen. Bundespräsident Gauck griff dieses Begriffspaar in seiner Eröffnungsrede jedoch gerne auf, um am Beispiel seines Freundes Walter Kempowski zu verdeutlichen, dass der Verlierer von Heute der Gewinner von Morgen sein könne. Wenn er auch die Verlierer der Geschichte keineswegs aus dem Blick verlor, war sein Leitmotiv doch, dass am Ende alles Gut werde, wenn man dieselbe nur richtig interpretiert. Für die Widersprüche heutiger westlicher Gesellschaften ist in diesem Denken offensichtlich kein Platz. In den wissenschaftlichen Sektionen, insbesondere denen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit, wurden diese jedoch umso offensichtlicher. Hier standen zum Beispiel die Fragen, ob das Ende des

‘Booms in Westeuropa’, des Golden Age of Capitalism einen Strukturbruch oder die Rückkehr zu einer ‘neuen Normalität’ bedeute, das Wachstum und die Rolle der Staatsschulden oder die soziale Wahrnehmung von Reichtum im Wandel der Zeiten im Zentrum. Mit Blick auf die Rankinglisten der Superreichen unserer Epoche sprach der Soziologe Berthold Vogel prägnant von ‘Reichtum als Kampfsport’.

Ein Höhepunkt war sicherlich die Debatte zwischen Christopher Clark und Gerd Krumeich, die beide gewichtige und umstrittene Werke zum Ersten Weltkrieg vorgelegt haben. Leider verlief die Diskussion wenig kontrovers, da sich beide in den wesentlichen Fragen einig waren. Bei aller Kritik an Clark’s Thesen wäre als Fazit gerade an viele deutsche Linke die Aufforderung zu richten, sich endlich von der Blickverengung auf die nationale Geschichte zu befreien und die Vorgeschichte sowie den Beginn des Ersten Weltkrieges verstärkt im internationalen Kontext zu betrachten. Die Geschichtswissenschaft ist hier längst weiter.